

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 37. JG. Heft 2 | 2024

Oliver Decker, Fiona Kalkstein, Marius Dilling, Kazim Celik, Nele Hellweg, Elmar Brähler

Besteht eine Chance für eine neue Partei? AfD-Anhänger und die Aussicht für eine Alternative links der Mitte

Zusammenfassung: Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist seit einigen Jahren durch Parteineugründungen und eine hohe Volatilität bei den Wählern geprägt. Auf Bundesebene und über verschiedene Bundesländer hinweg sind hier vor allem zwei Parteien für die Wissenschaft von Interesse: Zum einen die bereits 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD), zum anderen das eine Dekade später, Anfang 2024 gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Obwohl sich AfD und BSW in vielen Punkten voneinander unterscheiden, sind doch in der breiten Öffentlichkeit oft Erwartungen formuliert worden, dass sich bei den anstehenden Landtagswahlen in 2024 mit dem BSW eine Partei im Angebot befindet, die für AfD-Wähler interessant sein könnte und damit die Dominanz dieser offen völkisch-nationalistischen Partei schwächt. Dadurch rücken die Wähler in den Fokus des Interesses: Was ist den potentiellen Wähler wichtig, welche Einstellungen teilen sie, in welchen unterscheiden sie sich? Auf Grundlage einer Online-Befragung werden deshalb im Folgenden entlang der Beantwortung der „Sonntagsfrage“ die politischen Milieus miteinander verglichen. Es zeigen sich zwar kleinere Gemeinsamkeiten zwischen den Anhängern von BSW und AfD, aber wahrscheinlicher ist, dass das BSW seine Wähler unter den Anhängern der sozialdemokratischen Parteien findet.

1 Einleitung

Der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gelang seit ihrer Gründung 2013 innerhalb kürzester Zeit der Einzug in alle Landesparlamente und den Bundestag. Mittlerweile hat sie eine bedeutende Anhängerschaft erreicht. Laut aktuellen Umfragen unterstützen etwa 20% der Wähler im ganzen Bundesgebiet die AfD, was sie bei Neuwahlen zum Bundestag zur zweitstärksten Partei machen würde. Dabei durchlief sie in der kurzen Zeit seit der Gründungsphase bis heute mehrere Häutungen, die durch die Wechsel ihrer Vorsitzenden periodisiert werden können. Auf die Euro-kritische und anti-sozialstaatliche Führungsriege um den Co-Vorsitzenden Bernd Lucke folgte die stärker nationalistische Ausrichtung in einem Machtkampf, den seine damalige Co-Vorsitzende Frauke Petry 2015 für sich entschied. Ihre Führungszeit zusammen mit ihrem neuen Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen währte nicht länger, sie wurden 2017 von Alexander Gauland und Alice Weidel abgelöst. Damit setzte sich der völkisch-nationalistische „Flügel“ durch, den unter anderem der Landesvorsitzende der AfD in Thüringen dominiert. Dessen ideologische Dominanz in der Partei hält bis heute an, obwohl der „Flügel“ offiziell 2020 aufgelöst wurde.

In den parallel stattfindenden empirischen Untersuchungen zur politischen Einstellung zeigte sich, dass genau diese Positionen in der Wählerschaft schon seit der Gründung hohe Zustimmung fanden. Angesichts der Konstanz der rechtsextremen und anti-demokratischen Einstellung bei AfD-Wählern seit Gründung der Partei kann man zugespitzt sagen: Mit dem Personalwechsel an der Spitze vollzog die AfD inhaltlich nach, was ihre Wähler schon immer dachten (Celik/Decker/Brähler 2020a; Celik/Decker/Brähler 2020b). Auch andere Forschungsprojekte konnten deutlich zeigen, dass die AfD nicht trotz, sondern wegen ihrer völkischen und in Teilen offen neo-nazistischen Programmatik gewählt wird (Kiess/Brähler/Decker 2015). Unter ihren Anhängern ist die Ausländerfeindlichkeit (Hambauer/Mays 2017; Schröder 2018) genauso deutlich ausgeprägt wie der Antisemitismus (Kiess et al. 2022; Grigat 2017).

Diese politische Ausrichtung erklärt, warum sich der Blick zu Anfang des Jahres 2024 auf die ostdeutschen Bundesländer Thüringen, Sachsen und Brandenburg richtet. In ihnen sind nicht nur im September 2024 die Wahlen zu den Landesparlamenten angesetzt, es fallen auch die Wahlprognosen für die AfD noch höher aus, als im Bundesgebiet: In Sachsen ist sie in Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap mit 35% stärkste Partei, mit deutlichem Abstand vor der zweitplatzierten CDU (30%) und mit einem erheblichen Abstand zu den anderen demokratischen Parteien. Schon im September 2023 erreichte die AfD in Brandenburg einen Stimmenanteil von 32% und auch wenn vergleichbare Untersuchungen zu Thüringen zwar länger zurück liegen, schnitt sie auch dort als

stärkste Partei ab (Juli 2023: 34%).¹ Versuche, dieser Resonanz in der Bevölkerung auf die ressentimentgeladene Politik der AfD politisch zu begegnen, zeigte bisher wenig Erfolge.

Wahrscheinlich auch aus diesem Grund wurde die Gründung der neuen Partei Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) mit Spannung erwartet. Als Abspaltung von der Partei „Die Linke“ hat sich diese Entwicklung bereits über das vergangene Jahr angekündigt. Im Januar 2024 erfolgte die Parteigründung dann offiziell – gerade noch pünktlich genug, um noch an den Landtags- und Europawahlen in diesem Jahr teilzunehmen. Letzte Wahlprognosen von infratest dimap sahen sie bundesweit bereits bei einem Stimmenanteil von 5%, in Sachsen sogar bei 8% (Befragung vom 25.1.2024)². In der Programmatik der Partei wird bei fast allen Themen der Anschluss an vermeintlich nüchterne, wertneutrale, rationale Wirtschaftlichkeit gesucht, verdeutlicht noch einmal durch grafische Gestaltungselemente, wie die dick schwarz markierten Worte im Programm. „Vernünftige Wirtschaft“ heißt die gleichzeitig inhaltliche unterbestimmte, aber doch auf die Wirtschaftspolitik fokussierte Forderung in einem Abschnitt. Das erinnert stark an die neu gegründete AfD unter Bernd Lucke, die sich mit ihrer Euro-Ablehnung und einem wirtschaftsorientierten Programm zu profilieren versuchten.

Diese Programmatik des BSW verstärken die Hoffnung, dass der AfD Stimmenanteile streitig gemacht werden könnten.³ Zudem werden in öffentlichen Äußerungen führender Vertreter des BSW noch weitere Motive sichtbar, mit denen sie verbunden werden kann – und will. So mit der Forderung nach einem Dialog mit Russland trotz des Krieges dieses Landes gegen die Ukraine und mit einer nationalstaatlichen bis nationalistischen Solidaritätsidee. Dies sind politische Ziele, die als Hinweis genommen wurden, dass das BSW mit einem „Populismus von Links“ der AfD Stimmenanteile streitig machen könnte. Die Frage, ob die AfD-Wähler von einer anderen Partei gewonnen werden können, stellte sich bereits vor der BSW-Gründung {Lengfeld 2023: #5869; Wagner 2023: #5906}, sie hat aber durch die Gründung noch an Relevanz gewonnen.

2 Methodik

Seit 2002 führt die Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker im Zweijahresrhythmus repräsentative Erhebungen zur politischen Einstellung in Deutschland durch. Im Fokus standen von Anfang an rechtsextreme Einstellungen und autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft. Bekannt wurden sie als Leipziger „Mitte“-Studien, bevor sie von uns 2018 in Leipziger Autoritarismus Studien umbenannt

¹ <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/sonntagsfrage/> (Abruf am 27.2.2024).

<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/sonntagsfrage/> (Abruf am 27.2.2024).

² <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/sachsen/sonntagsfrage/> (Abruf am 27.2.2024).

³ https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/02/BSW_Europawahlprogramm_2024.pdf (Abruf am 23.3.2024).

wurden. Wir trugen damit dem Umstand Rechnung, dass sich die Erkenntnis über die Verbreitung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit in der Gesellschaft durchgesetzt hatte und fokussierten im Titel stärker auf die Ursache – ein sozialpsychologisches Verständnis von autoritären Dynamiken, die im Hintergrund der regressiven und destruktiven Einstellungen stehen. Wir ergänzen unsere Untersuchungsreihe auch fortlaufend um Motive, welche die antidemokratischen Bewegungen tragen und ihre Akzeptanz in weiten Teilen der Gesellschaft absichern (vgl. Decker 2023).

Die Messung des tradierten Antisemitismus, von israelbezogenem und Schuldabwehrantisemitismus gehört zum Kernbestand des LAS-Fragebogens. Unter dem Eindruck der Simchat-Tora Massaker in Israel am 7.10.2023 rückte die Verbreitung von antisemitischen Ressentiments in der Bevölkerung stärker in den Fokus (Decker/Reimer-Gordinskaya 2024). Um Rationalisierungen des antisemitischen Ressentiments auf Grundlage der vor allem von der politischen Linken rezipierten postkolonialen und critical race Theorien besser erfassen zu können, entwickelten wir einen neuen Fragebogen. Die erste Version wurde von uns zusammen mit den bewährten Antisemitismus-Items sowie anderen Dimensionen der politischen Einstellung in einem Pretest überprüft. Das Meinungsforschungsinstitut Bilendi führte hierfür in unserem Auftrag eine Online-Befragung durch (N=4.208 Probanden, Erhebungszeitraum: 27.12.2023 – 08.01.2024, Responserate: 18%).

Da wir in der Erhebung auch die Sonntagsfrage gestellt hatten, können wir im Folgenden die Befunde zur politischen Einstellung der Parteianhänger im Vergleich auswerten („Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie zur Wahl gehen?“ und als Anschlussfrage: "Welche Partei würden Sie dann wählen?“). Unser Interesse besteht in einer Beschreibung der unter den Partei-Anhängern anzutreffenden Einstellungen, Demokratiebewertungen und soziodemografische Merkmale. Stark verkürzt könnte man sagen: Uns interessiert die politische Kultur, welche unter den Parteianhängern herrscht, bzw. ihre Erwartung an die Partei ihrer Wahl. Die Analyse ist damit typisierend, gestattet aber dennoch eine feingliedrige Beschreibung entlang der von uns eingesetzten Fragebögen.

Wir haben neben der Sonntagsfrage auch soziodemographische Merkmale erhoben, die Links-Rechts-Selbsteinschätzung, die Zufriedenheit mit der Demokratie (Idee, Verfassungsnorm und -realität), die subjektive politische und ökonomische Deprivation (fraternal und individuell), sowie den Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung eingesetzt (Heller/ Brähler/Decker 2020). Insgesamt wurden fünf Dimensionen des Antisemitismus erhoben, sowie der Antikapitalismus und der Antiamerikanismus. Mit den Dimensionen des autoritären Syndroms wurden auch sozialpsychologische Einflussfaktoren in die Erhebung aufgenommen (Autoritäre Aggression und Unterwürfigkeit, Konventionalismus, Verschwörungsmentalität und Aberglaube). Zu den sozialpsychologischen Einflussfaktoren gehört auch die von uns erhobene Ambiguitätstoleranz. Diese Fragebögen bilden die Grundlage für die folgende Analyse der Parteienwähler. Wir werden abschließend im direkten Vergleich die Wähler der

AfD und die des BSW hinsichtlich der von uns erfassbaren Determinanten der Wahlentscheidung untersuchen. Reliabilität und Itembeschreibungen der genutzten Skalen sind im Anhang in Tabelle 1 im Anhang aufgeführt.

Bei der Bewertung der Datengrundlage muss berücksichtigt werden, dass eine Online-Befragung trotz der großen Zahl keine repräsentative Erhebung ist. Es wird auf ein bestehendes Sample von Probanden zurückgegriffen, die sich unabhängig von der aktuellen Untersuchung gegenüber dem Meinungsforschungsinstitut verpflichtet haben, gegen einen Obulus regelmäßig an Befragungen teilzunehmen. Das wichtigste Kriterium einer Repräsentativerhebung, die Zufallsauswahl der Probanden, ist damit – anders als bei der LAS – nicht erfüllt. Das muss bei der Interpretation von Tabelle 1 und 2 berücksichtigt werden. Wir geben über die dort aufgeführten Werte deshalb im weiteren keine prozentualen Anteile der Verbreitung entsprechender Einstellungsdimensionen unter den Parteianhängern wieder, sondern greifen auf den Vergleich von z-standardisierten Mittelwerten zurück. Die Darstellungsform mit z-standardisierten Werten veranschaulicht die jeweilige Ausprägung im Verhältnis zu Mittelwert der gesamten Stichprobe. Stimmt die Ausprägung exakt mit dem Mittelwert überein, läge der Wert bei null. Ein positiver Wert zeigt eine überdurchschnittliche Zustimmung an, ein negativer Wert eine unterdurchschnittliche Zustimmung. Wir haben den Wertebereich auf -1 und 1 Standardabweichungen begrenzt. Mit Hilfe von Varianzanalysen, Chi²-Tests und post-hoc-Tests prüfen wir dabei die Hypothese von signifikanten Gruppenunterschieden zwischen den entsprechenden Parteianhängern⁴ bzw. mittels eines logistischen Regressionsmodells^{5,6} die Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung bei den beiden im Fokus stehenden Parteien BSW und AfD. Die Datenqualität rechtfertigt Gruppenvergleiche und lässt einen fundierten Einblick in die Passung der politischen Kultur unter den Parteianhängern im Vergleich zu.

3 Ergebnisse

Die Soziodemographie der Stichprobe kann der Tabelle 1 entnommen werden. Das Durchschnittsalter weicht wie das Verhältnis von Männern zu Frauen nur minimal von der Bevölkerungsverteilung ab. Das durchschnittliche Alter unserer Befragten ist minimal über dem vom statistischen Bundesamt bestimmten Alter von 44,6 Jahren (2022). Der Bildungsgrad in unserer Stichprobe entspricht mit 48% Schulabschluss mit Abitur oder höher dem in der Bevölkerung. Das Nettoäquivalenzeinkommen liegt unter dem vom statistischen Bundesamt bestimmten von rund 29.000€ für das Jahr 2022.

⁴ Zur Überprüfung der Mittelwertdifferenzen wurden Welch-ANOVA, ein robusteres Verfahren bei Verletzungen der Voraussetzungen, wie der Varianzhomogenität, berechnet. Als post-hoc-Test wurde der Games-Howell-Test eingesetzt. Dieser eignet sich bei Vergleichen mit ungleich verteilten Varianzen (siehe Janssen/Laatz 2013).

⁵ Das Vorgehen ähnelt somit einer Diskriminanzanalyse für den Zwei-Gruppen-Fall. Da die logistische Regression allerdings weniger Annahmen bzgl. der verwendeten Daten trifft und als robuster und unempfindlicher gegenüber Ausreißern gilt, nutzen wir dieses Verfahren (vgl. Backhaus 2016).

⁶ Alle Berechnungen wurden mit IBM Statistics 27 und mit STATA 16.1 durchgeführt.

Tabelle 1: Soziodemographie der Gesamtstichprobe

N = 4208	
Geschlecht	
	N (%)
weiblich	2083 (49.5%)
männlich	2114 (50.24%)
divers	11 (0.26 %)
Alter	
	M (SD)
Alter in Jahren	46.84 (15.4)
Altersgruppen	
	N (%)
bis 29 Jahre	736 (17.49%)
30-39 Jahre	773 (18.37%)
40-49 Jahre	717 (17.04%)
50-59 Jahre	915 (21.74%)
>= 60 Jahre	1067 (25.36%)
Arbeitslosigkeit	
	N (%)
arbeitslos	114 (2.71%)
Höchster Schulabschluss	
	N (%)
Abitur oder höher	2053 (48.79%)
Einkommen^a	
	M (SD)
Haushaltsäquivalenzeinkommen (in EURO)	2309.55 (1291.29)
Haushaltsäquivalenzeinkommen gruppiert	
	N (%)
<= 1000 EURO	509 (12.41%)
1001-2000 EURO	1278 (31.15%)
2001-3000 EURO	1195 (29.13%)
>3000 EURO	1121 (27.32%)

^a 105 Personen gaben an kein persönliches Einkommen zu besitzen.

Der Tabelle 2 sind die Antworten auf die Sonntagsfrage zu entnehmen. Die Verteilung darf nicht im Sinne einer Wahlprognose verstanden werden, sie gibt eine berichtete Parteipräferenz zum Zeitpunkt der Erhebung wieder. Es fällt auf, dass die Parteivorliebe dennoch mit Blick auf die Relation zwischen den Parteien in der Tendenz den Befunden gegenwärtigen Befragungen verschiedener Meinungsforschungsinstitute auf Bundesebene nahekommt. Die Gruppe derjenigen, die von ihrer Absicht einer AfD-Wahl berichten, entspricht mit rund 20% in etwa den Werten dieser Umfragen und zeigt, dass

auch in unserer Erhebung die Bereitschaft zum offenen Votum für eine extrem-rechte Partei gegeben ist.

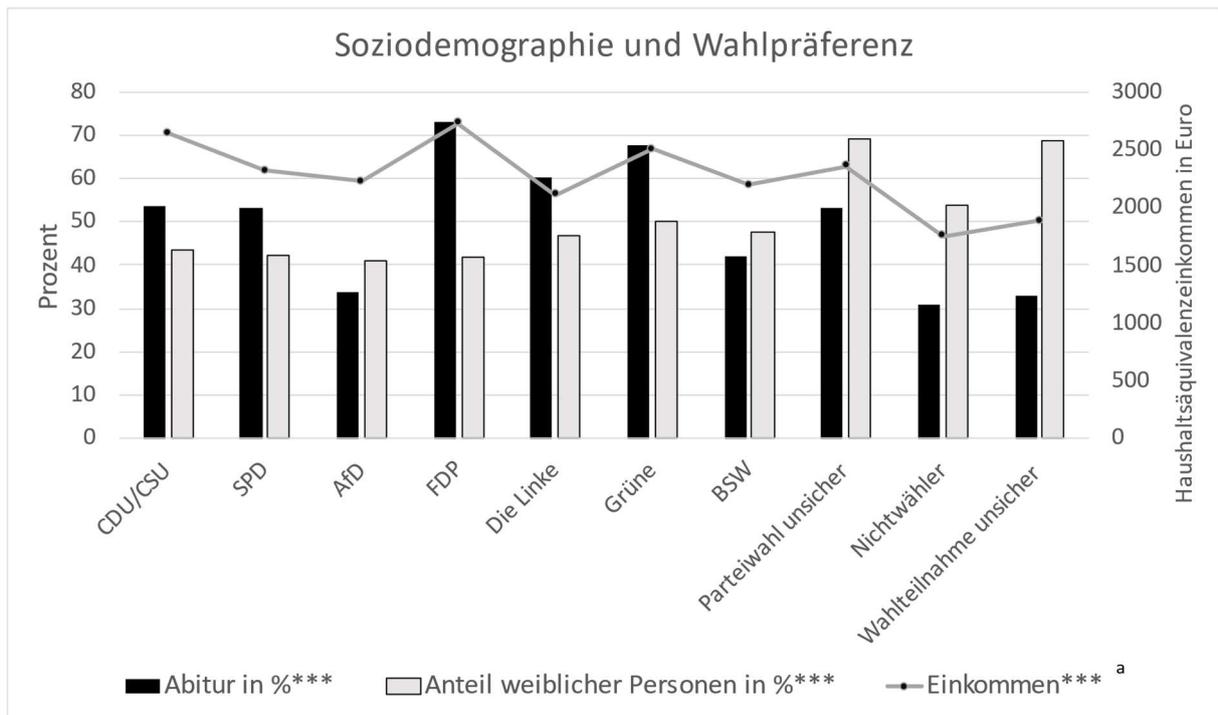
Tabelle 2: Sonntagsfrage

<i>N</i> = 3577 ^a	
Parteipräferenz	<i>N</i> (%)
CDU	679 (18,98%)
CSU	161 (4,50 %)
SPD	442 (12,36 %)
AfD	714 (19,96 %)
FDP	185 (5,17 %)
Die Linke	156 (4,36 %)
Bündnis90/Die Grünen	459 (12,83 %)
Bündnis Sarah Wagenknecht	180 (5,03 %)
Freie Wähler	77 (2,15 %)
Andere	138 (3,86 %)
Weiß nicht	246 (6,88 %)
Ungültig	34 (0,95 %)
Keine Angabe	106 (2,96 %)

^a 3.577 Personen beantworteten die Frage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?“ mit „Ja“. Darüber hinaus gaben 201 Personen an, nicht zur Wahl zu gehen, 317 Personen gaben „weiß nicht“ an, 70 Personen gaben an, dass sie nicht wahlberechtigt sind, und 43 Personen machten keine Angabe.

Abbildung 1 zeigt die Verteilung der soziodemographischen Variablen Haushaltsäquivalenzeinkommen, Geschlecht, formale Bildung in Abhängigkeit zur Parteipräferenz in der Stichprobe. Die FDP sticht bei einem 70-prozentigen Wähleranteil mit Abitur deutlich heraus, die niedrigsten Anteile liegen neben den Nichtwählern und den unsicheren Wählern bei der AfD. Sichtbar wird ebenfalls, dass die noch unsicheren Personen (sowohl in der Frage der Partei als auch der Wahlteilnahme) vorrangig Frauen (70%) sind. Der Blick auf das Haushaltsäquivalenzeinkommen zeigt, dass die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Partei Die Linke, aber auch des BSW, der AfD und der SPD geringer verdienen, während jene der CDU/CSU⁷, der FDP und der Grünen über höhere Einkommen verfügen. Über das geringste Einkommen verfügen allerdings die Nichtwählerinnen (Unterschiede zu allen Parteien, bis auf *die Linkspartei*: $p < 0,05$).

⁷ Die Wahlpräferenz zu CDU und CSU wurden – wie in Tabelle 2 dargestellt – getrennt erhoben. Im Sinn der Übersichtlichkeit wird die Wahlabsicht in den nachfolgenden Analysen zu CDU/CSU zusammengefasst.



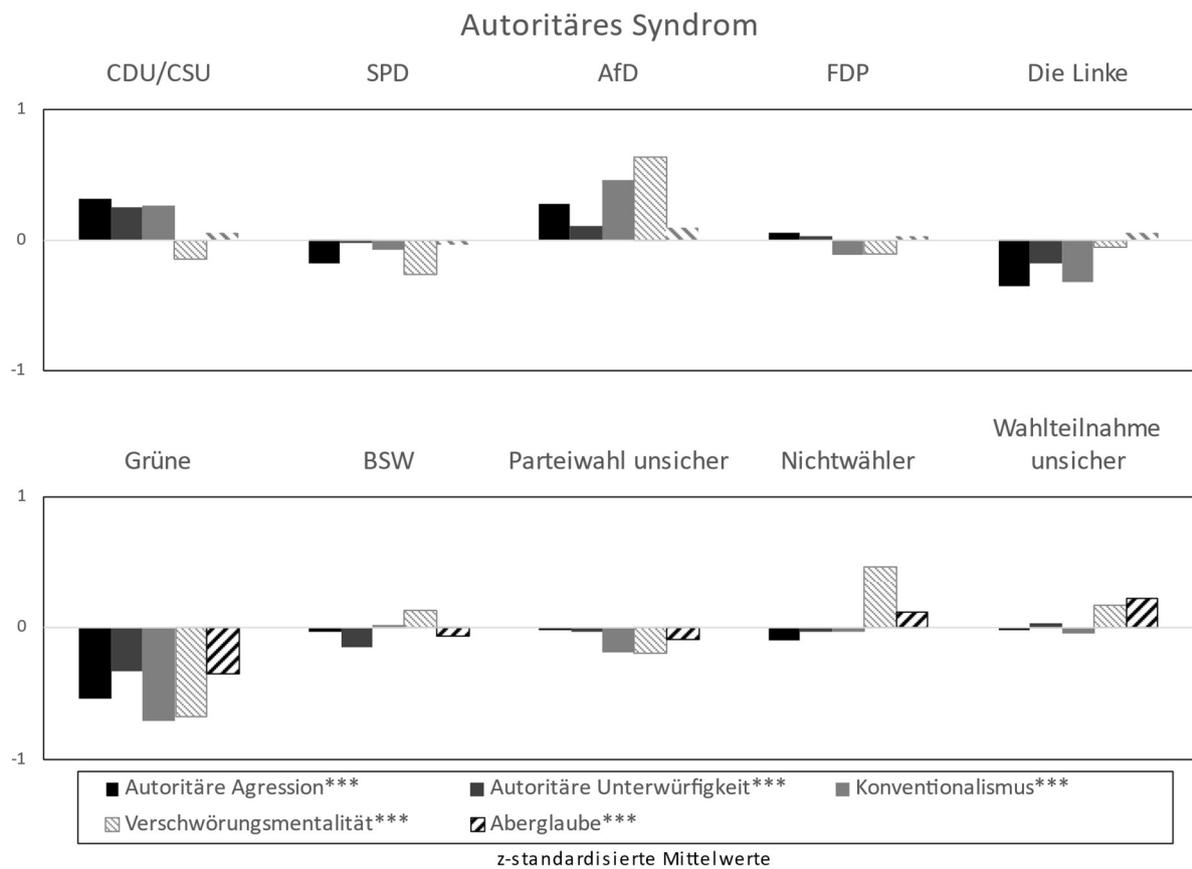
Legende: Chi-Quadrat-Tests; *** = $p < .01$.

^a Welch-Test F, $p < .001$.

Abbildung 1: Soziodemographie und Wahlpräferenz

Abbildung 2 zeigt die Ausprägung der fünf Dimensionen des Autoritären Syndroms – Autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus, Verschwörungsmentalität und Aberglaube – mit Blick auf die Parteipräferenz.

Die potenziellen Wähler von CDU/CSU und AfD weisen erhöhte Werte des Autoritären Syndroms auf, jene der Linkspartei und insbesondere der Grünen zeigen verringerte Zustimmungswerte, jene der SPD, FDP und des BSW liegen im Mittelfeld. Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die einzelnen Dimensionen betrachtet.



Legende: Welch-Test F; *** = $p < .01$.

Abbildung 2: Autoritäres Syndrom und Wahlpräferenz

In der autoritären Aggression zeigen sich signifikante Unterschiede ($p < 0,01$) zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und der Linkspartei, den Grünen und dem BSW auf der anderen Seite. Die potenziellen Wählerinnen und Wähler der FDP, SPD und des BSW unterscheiden sich nicht signifikant voneinander. Die Unterschiede zwischen AfD, CDU und FDP sind ebenfalls nicht signifikant.

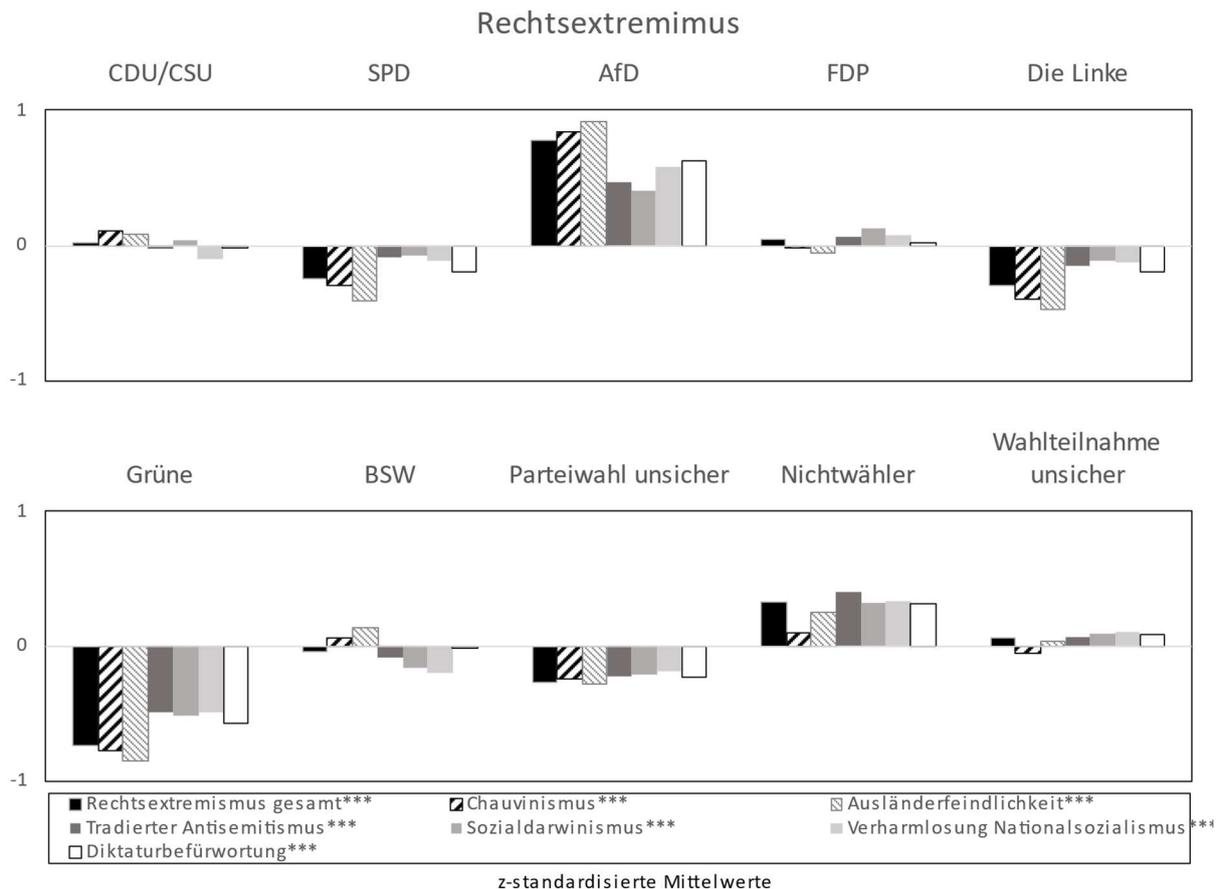
Eine autoritäre Unterwürfigkeit findet sich stärker bei Anhängern der CDU/CSU sowie der AfD im Vergleich zu den Wählern der Partei Die Linke, der Grünen und dem BSW (mind. $p < 0,05$). Bei Grünen-Wählern findet sich autoritäre Unterwürfigkeit signifikant schwächer ausgeprägt als bei den meisten anderen Parteien ($p < 0,05$), an dieser Stelle unterscheiden sie sich aber nicht von jenen der Linkspartei und des BSW.

Die potenziellen Wähler der AfD betonen stärker starre Konventionen als jene mit einer anderen Parteipräferenz (sowie den Nichtwählern und den unentschlossenen Wählern, $p < 0,01$) und sie werden aggressiver gegenüber jenen, die scheinbar gegen sie verstoßen. Spiegelbildlich verhält es sich mit den potenziellen Wählern der Grünen: In dieser Gruppe ist es der gering ausgeprägte Konventionalismus, der sich signifikant zu allen anderen Parteien sowie den Nichtwählern und den

unentschlossenen Wählern unterscheidet. Die Wähler des BSW zeigen sich zwar mehr an Konventionen interessiert als der Durchschnitt sowie auch mehr als Wähler der Grünen und der Linkspartei. Sie liegen aber dennoch deutlich unter dem Konventionalismus der CDU/CSU und AfD. Menschen mit Verschwörungsmentalität bindet vorrangig die AfD. Der Unterschied ist zu allen anderen Parteien signifikant ($p < 0,001$). Eine vermehrte Tendenz, sich das Weltgeschehen mit Verschwörungen bössartiger Gruppen im Hintergrund zu erklären, zeigen ebenfalls Nichtwähler und unentschlossene Wähler. Auffällig ist, dass fast alle anderen Parteien unter dem Stichprobendurchschnitt liegen. Auch die potenziellen Wähler des BSW entsprechen dem Stichprobendurchschnitt, sie sind nicht überdurchschnittlich für Verschwörungserzählungen ansprechbar.

Der Aberglaube ist bei allen Parteien knapp über- oder unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die einzige Ausnahme bilden an dieser Stelle jene, die beabsichtigen, die Grünen zu wählen. Sie zeigen erkennbar geringere Ausprägungen im Aberglauben ($p < 0,05$).

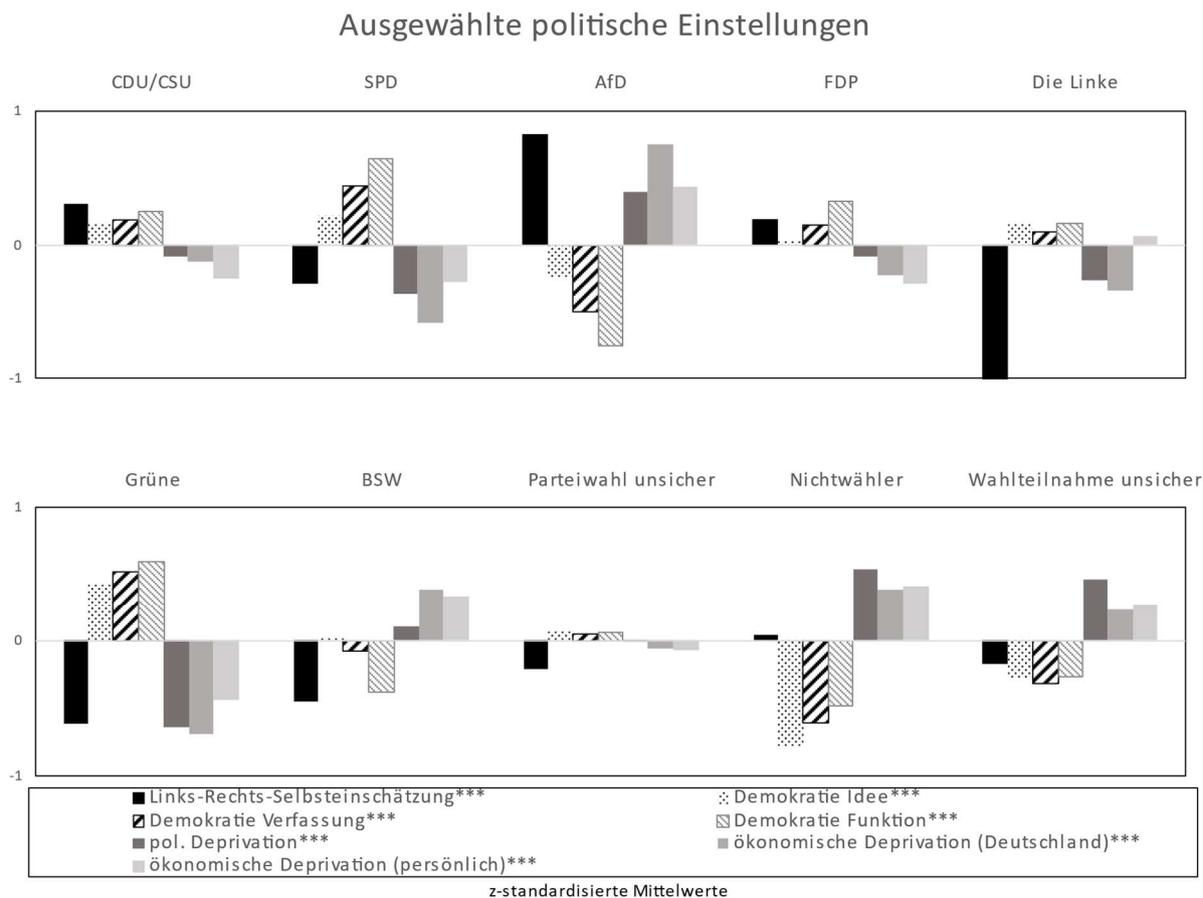
In Abbildung 3 sind sowohl der Rechtsextremismus als Gesamtskala als auch seine sechs Dimensionen und ihre Abweichungen vom Mittelwert der Stichprobe dargestellt. Auch hier ist es vor allem die AfD, die jene Befragte mit rechtsextremer Einstellung an sich bindet. Von den Grünen wenden sich Menschen mit rechtsextremen Einstellungen eher ab. Die Partei Die Linke und die SPD zeigen ebenfalls unterdurchschnittliche Werte, das BSW liegt wie CDU/CSU und FDP nah am Stichprobendurchschnitt. Bei diesen drei Wahlpräferenzen zeigen sich Unterschiede zwischen den einzelnen Dimensionen (unterdurchschnittliche und überdurchschnittliche Ausprägung innerhalb einer Präferenz), während bei SPD, Linkspartei und Grünen alle Dimensionen unterdurchschnittlich ausgeprägt sind. Die Unterschiede der potenziellen AfD-Wähler zu allen anderen Gruppen sind in allen Dimensionen signifikant ($p < 0,01$; mit Ausnahme zu Nichtwählern bei tradiertem Antisemitismus und Sozialdarwinismus, hier besteht kein signifikanter Unterschied). Erneut bilden die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Grünen das diametrale Gegenteil. Die Unterschiede in allen Dimensionen sind hier hoch signifikant ($p < 0,01$). In den Ausprägungen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit unterscheiden sich potenzielle Wähler des BSW deutlich vom Wählerpotenzial der SPD und Die Linke ($p < 0,01$).



Legende: Welch-Test F; *** = $p < .01$.

Abb. 3: Rechtsextremismus und Parteipräferenz

Eindrücklich zeigt sich in Abbildung 4, dass die politische Selbstverortung bei fast allen Parteien vom Mittelwert der Stichprobe abweicht. Ein hoher Wert zeigt hier eine Rechtsabweichung (stärker rechts als der Mittelwert der Stichprobe), ein niedriger Wert illustriert eine Abweichung nach links. Am stärksten rechts von der Mitte verorten sich die Wähler der AfD ($p < 0,01$ zu allen anderen Gruppen). Nach längerem Abstand folgen jene, die angeben, die CDU/CSU wählen zu wollen ($p > 0,01$ zu allen anderen Gruppen außer FDP). Sie sehen sich wie jene mit FDP- und AfD-Wahlabsicht häufiger rechts als der Mittelwert der Stichprobe. Links vom Mittelwert positionieren sich die Wähler von SPD, Linkspartei, Grünen und BSW. Aber zwischen diesen Parteien ist nur der Abstand zu den Wählern der Linkspartei signifikant ($p < 0,01$), die sich am deutlichsten links einordnen.



Legende: Welch-Test F; *** = $p < .01$.

Abb. 4: Ausgewählte politische Einstellungen und Parteipräferenz

Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist zwischen den Parteien-Wählern unterschiedlich. In ihren Antworten zeigen die Wählergruppen auch hier deutliche Unterschiede. Menschen mit Wahlabsicht CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne zeigen allesamt dasselbe Muster, lediglich in unterschiedlich starker Ausprägung. Sie befürworten die Idee der Demokratie häufiger als im Mittelwert der Stichprobe und diese positive Abweichung wird auch bei der Zufriedenheit mit der Verfassungsnorm und -realität deutlich (Decker et al. 2022). Die Wähler der Grünen sowie der SPD sind zufriedener mit der Demokratie in der Verfassung ($p < 0,01$). Auch mit Blick auf die Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik funktioniert, sind es vor allem diese beiden Parteien, deren potenzielle Wähler durch ihre Zufriedenheit herausstechen. Die Wähler der beiden Parteien unterscheiden sich in diesem Punkt signifikant von allen anderen Wählern ($p < 0,01$).

Wer hingegen unzufrieden mit der Demokratie ist, wählt AfD oder BSW. Womöglich kann das BSW hier noch weiteres Wählerpotenzial ausschöpfen. Auch der Unterschied zwischen BSW und AfD hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der deutschen Demokratie ist statistisch signifikant

($p < 0,01$): Die Wähler der AfD sind nochmal stärker unzufrieden als jene des BSW. Ein weiterer, auffälliger Unterschied zeigt sich in der Zustimmung zur Demokratie als Idee. Wähler der AfD sind weniger stark mit der Demokratie identifiziert. Die antidemokratische Haltung teilen sie mit den Nichtwählerinnen und -wählern (beide unterscheiden sich signifikant, $p < 0,01$, zu allen anderen Wählern). Auch jene, für die die Wahlteilnahme noch unsicher ist, lehnen überproportional häufig die Demokratie als Idee ab. Hier liegt womöglich weiteres Wählerpotenzial für das autoritären Programm der AfD.

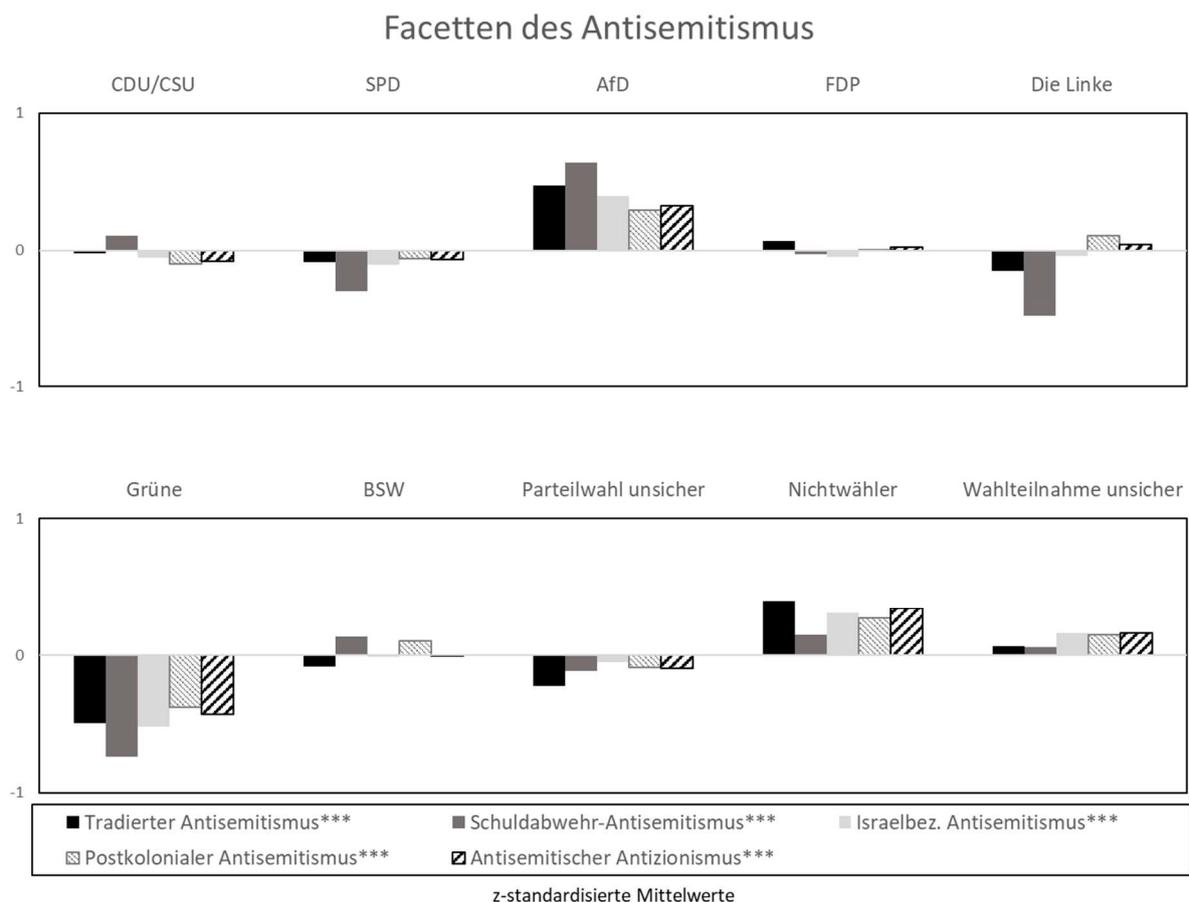
Besonders stark erleben sich Wähler der AfD und Nichtwähler politisch depriviert. Auch unter jenen, bei denen die Teilnahme noch unsicher ist, besteht das Gefühl politischer Wirkungslosigkeit (Unterschied dieser drei Gruppen zu allen anderen Parteien $p < 0,01$). Die Sorge um die wirtschaftliche Situation der BRD sowie um die eigene wirtschaftliche Lage ist besonders ausgeprägt unter den potenziellen Wählern der AfD, des BSW sowie bei denjenigen, die nicht wählen und jenen, die sich dessen noch unsicher sind. Die AfD-Wähler äußern auch hier größere Sorgen als alle anderen Wähler-Gruppen ($p < 0,001$). Die Wähler des BSW sind ebenfalls überdurchschnittlich stark besorgt um die wirtschaftliche Lage der BRD, aber signifikant niedriger als jene der AfD.

Als nächstes werfen wir den Blick auf antisemitische Ressentiments. Abbildung 5 zeigt Ausprägungen verschiedener Facetten des Antisemitismus je nach Wahlabsicht. Antisemitismus kann dabei unterschiedliche Formen annehmen. Besonders in Deutschland führt die soziale Sanktion dazu, dass Antisemitismus nicht offen geäußert wird (Bergmann/Erb 1986), einer der Unterschiede zur Ausländerfeindlichkeit (vgl. Abb. 3) und zur Muslimfeindschaft (Abb. 8). Deshalb werden neben dem tradierten Antisemitismus seit Jahren von uns auch der Schuldabwehrantisemitismus und der israelbezogene Antisemitismus erhoben. Zum ersten Mal sind in dieser Untersuchung zusätzlich postkolonialer Antisemitismus (Weyand 2024) und antisemitischer Antizionismus (Haury 2021 und 2024) aufgenommen worden (zur Itemformulierung und Güte der Fragebögen siehe Tabelle T1 im Anhang). Beide Dimensionen sind von uns nach den Simchat-Tora Massakern vom 7.10.2023 mit dem Ziel entwickelt worden, Antisemitismus in aktueller Ausprägung erfassen zu können (Decker/Reimer-Gordinskaya 2024).

Wie schon bei der Befürwortung rechtsextremer Aussagen (Abb. 3) und ausgewählten anderen Einstellungen (Abb. 4): Der Stichprobendurchschnitt ist gewissermaßen ein Spiegel, von dem jene mit Wahlabsicht Grüne oder AfD in die jeweils entgegengesetzte Richtung extrem abweichen. Auch beim Antisemitismus zeigen die Wähler der AfD die deutlichste Zustimmung, jene der Grünen die geringste.

Die anderen Parteien unterscheiden sich in den meisten Ausprägungen des Antisemitismus nicht bedeutsam. Sie gruppieren sich um den Stichprobendurchschnitt. Lediglich bei Schuldabwehrantisemitismus zeigen die potenziellen Wählerinnen und Wähler von Linkspartei und SPD Zustimmungswerte unter dem Durchschnitt ($p < 0,01$). Beim israelbezogenen Antisemitismus liegen CDU/CSU, SPD, FDP

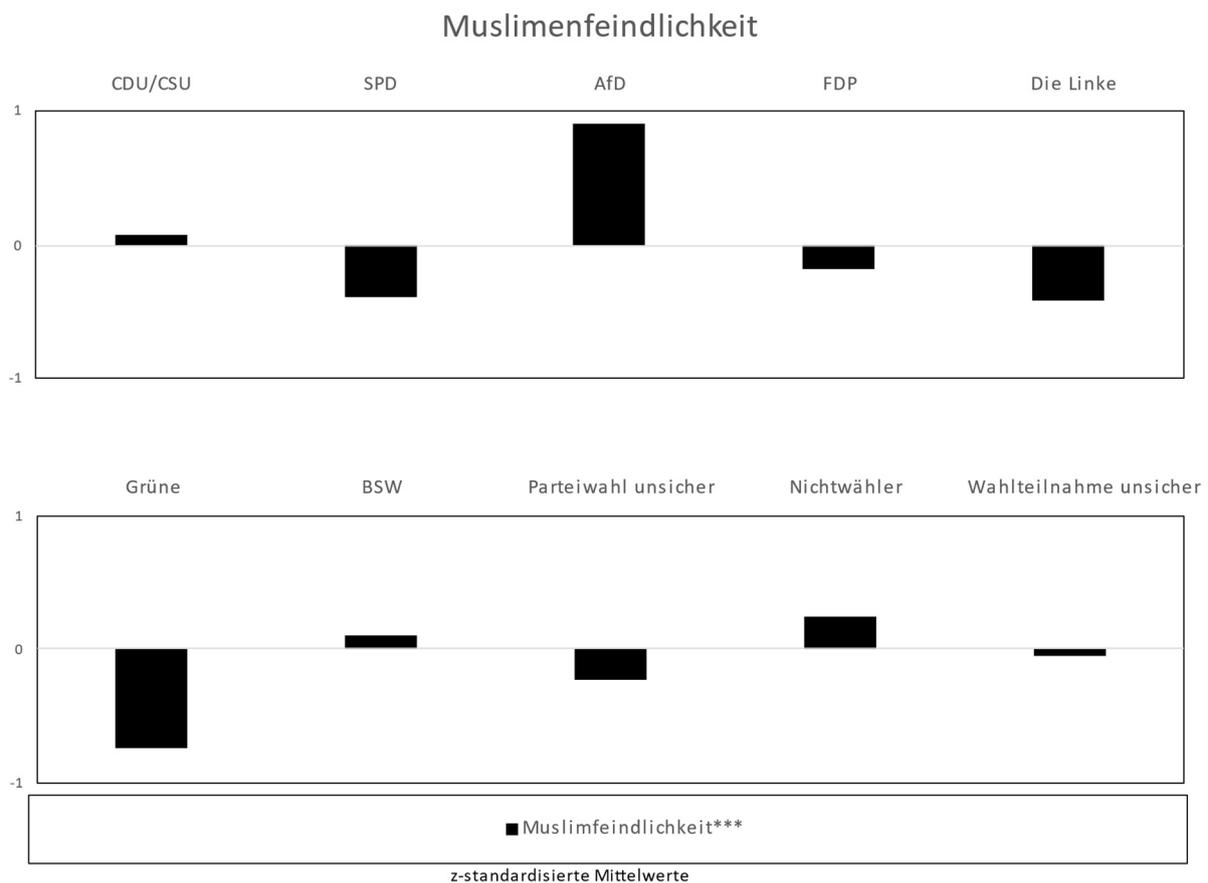
und Linkspartei im Stichprobendurchschnitt und unterscheiden sich dabei, lediglich zur AfD mit deutlich höherer und zu den Grünen mit deutlich niedrigerer Zustimmung ($p < 0,05$). Der zum ersten Mal erhobene postkoloniale Antisemitismus zeigt bei den Wählern von Linkspartei und BSW zwar leicht erhöhte Zustimmungswerte – die Unterschiede zur FDP, CDU/CSU und SPD sind allerdings nicht signifikant. Lediglich die Wähler der Grünen zeigen auch hier niedrigere Zustimmung als alle anderen Wählergruppen. Das auch hier die Zustimmung unter der AfD-Wählerschaft signifikant höher ist, ist auffällig: Diese Wählergruppe nutzt auch diese ideologische Legitimation für die Legitimation des antisemitischen Ressentiments, obwohl sie schwer mit der sonstigen Weltsicht in Deckung zu bringen ist, die in diesem Milieu herrscht. Beim antisemitischen Antizionismus finden sich keine signifikanten Unterschiede der drei Parteien, deren Ausprägungen nahe dem Durchschnitt liegen: CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und BSW. Ihre Ausprägungen unterscheiden sich aber signifikant von jenen geringen Werten der Grünen ($p < 0,01$) und dem überproportional hohen antisemitischen Antizionismus bei Wählern der AfD ($p < 0,05$, außer im Vergleich zur Partei Die Linke).



Legende: Welch-Test F; *** = $p < 0.01$.

Abb. 5: Antisemitismus und Parteipräferenz

In der folgenden Grafik (Abb. 6) ist das Ressentiment gegenüber Muslimen entlang der Wahlabsichten abgebildet. Die potenziellen Wähler von CDU/CSU und FDP liegen wie jene des BSW nah am Stichprobendurchschnitt und unterscheiden sich nicht signifikant voneinander. Es sind ausschließlich jene mit AfD-Wahlpräferenz, die in ihrer ausgeprägten Muslimfeindschaft alle anderen Gruppen übersteigen ($p < 0,01$). Durch eine besonders geringe Zustimmung zu muslimfeindlichen Ressentiments im Vergleich zur Stichprobe zeichnen sich die potenziellen Wähler der Grünen aus ($p < 0,01$ zu allen anderen Gruppen), gefolgt von jenen der Linkspartei und der SPD, die ebenfalls unterdurchschnittlich geringe Werte im Ressentiment gegen Muslime zeigen ($p < 0,01$ zu allen anderen Parteien, außer FDP). Ausgeprägte Ressentiments gegenüber Muslimen finden sich vor allem bei Wählern der AfD. Dies verwundert vor dem Hintergrund der antimuslimischen Propaganda der Partei nicht.

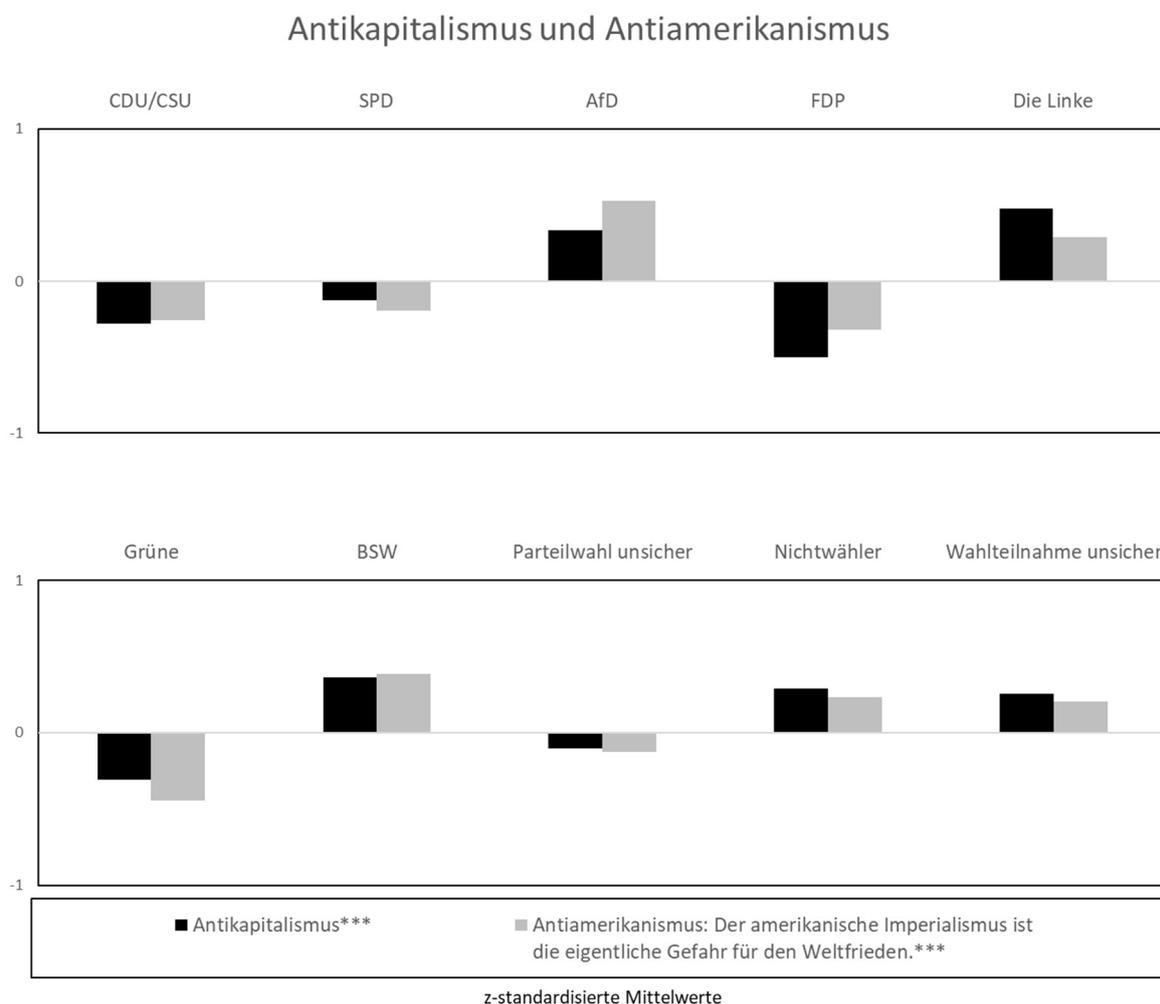


Legende: Welch-Test F; *** = $p < 0,01$.

Abb. 6: Muslimfeindschaft und Parteipräferenz

Abbildung 7 illustriert die Haltung zum Kapitalismus und zu den USA je nach Wahlpräferenz. Sichtbar wird zunächst, dass beides eng assoziiert ist. Ressentiments gegen die USA gehen mit Antikapitalismus einher und vice versa. Überdurchschnittlich ausgeprägt sind beide Merkmale bei den Wählern

der AfD, der Partei Die Linke und des BSW sowie unter den Nichtwählern und jenen, bei denen die Wahlteilnahme noch unsicher ist. Die fünf Gruppen unterscheiden sich in den überdurchschnittlichen Ausprägungen beider Variablen nicht signifikant. Man könnte zunächst annehmen, dass Antikapitalismus und Antiamerikanismus Einstellungsdimensionen sind, die besonders gut jene, die sich weit links oder rechts von der Mitte positionieren, von jenen unterscheiden, die sich nah oder mäßig der Mitte zuordnen. Die Grünen-Wähler positionieren sich zwar links (vgl. Abb. 4), sind aber unterdurchschnittlich kapitalismuskritisch und unterdurchschnittlich anti-amerikanisch eingestellt. Im ihrem gering ausgeprägten Antikapitalismus zeigen die Grünen-Wähler keine signifikanten Unterschiede zu jenen von CDU/CSU, SPD und FDP. Ihr gering ausgeprägtes Ressentiment gegenüber den USA verbindet sie mit den Wählern der FDP.



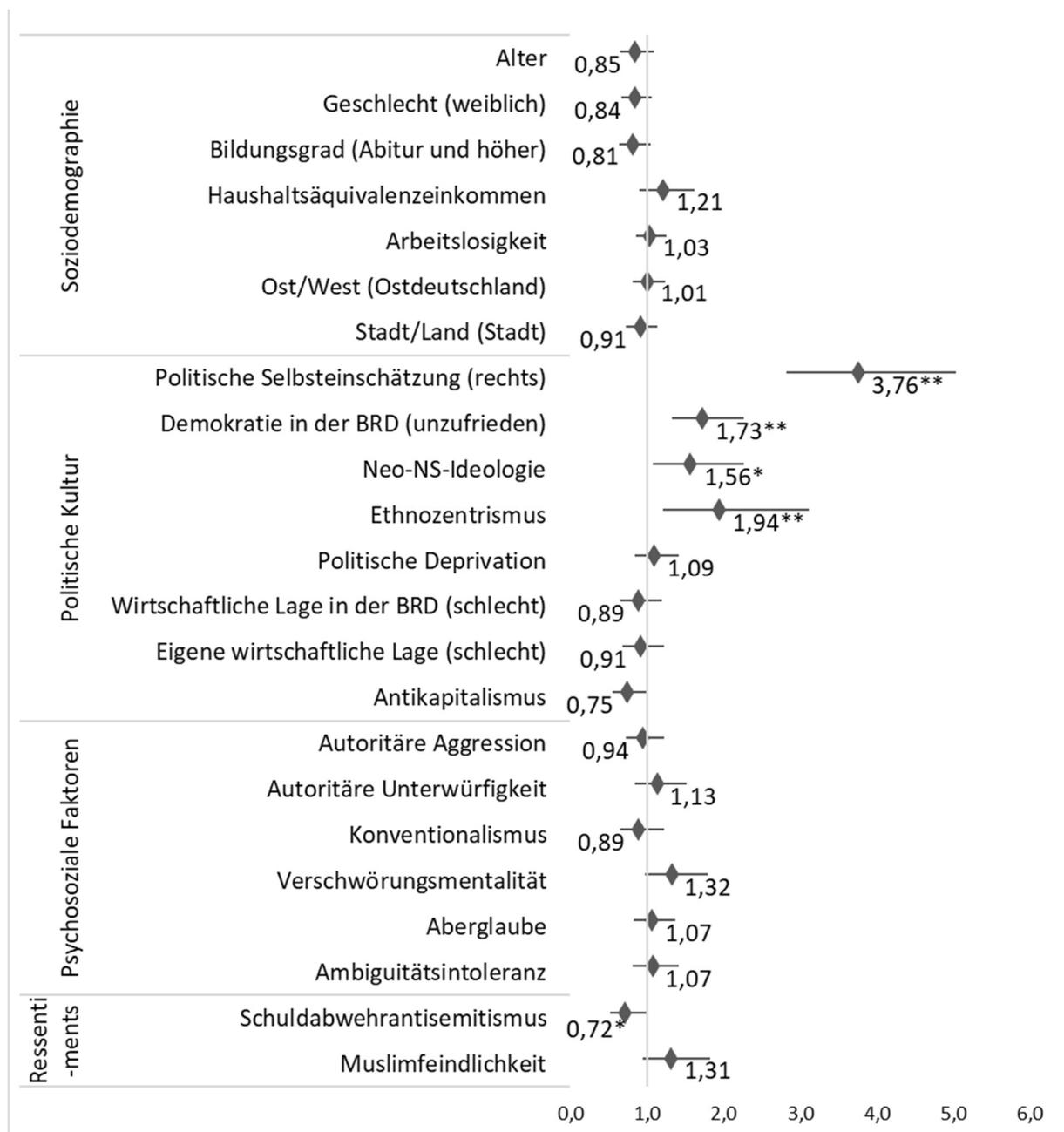
Legende: Welch-Test F; *** = $p < 0.01$.

Abb. 7: Antikapitalismus, Antiamerikanismus und Parteipräferenz

Was unterscheidet die Wähler der AfD von denen des BSW?

Im Rahmen eines binär logistischen Regressionsmodells wurden diejenigen mit einer Präferenz für das BSW mit denen denjenigen direkt verglichen, die die AfD wählen würden (Abhängige Variable: 0 = BSW, 1 = AfD; s. Grafik 9). Auf diesem Weg kann die Wahlentscheidung entlang der erhobenen Merkmale beschrieben werden. Das Modell weist eine signifikante Erklärungsgüte (Omnibus-Test der Modellkoeffizienten, $p < .001$), eine gute Varianzaufklärung wie auch eine hinreichende Klassifikationsgüte auf (Nagelkerkes $R^2 = 0,5$; weitere Angaben s. unter Abbildung 8).

Abb. 8: Faktoren für die Wahl der AfD im Vergleich zur BSW



Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Ergebnisse einer binär logistischen Regression (auf zwei Nachkommastellen gerundete Odds Ratios; Nagelkerkes R^2 : 0,50; Modellsignifikanz: $p < .001$); Klassifikationsgüte: 88,5%/Sensitivität: 97,0%/Spezifität: 54,4%; Einbezogene Fälle: 845. Abhängige Variable: *Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?* 0 = BSW, 1 = AfD; Unabhängige Variablen z-standardisiert. Signifikanzniveaus: * $p < .05$, ** $p < .01$.

Entscheidend für die Wahl der AfD anstelle des BSW ist, sich selbst im politischen Spektrum weit rechts einzuordnen (OR: 3,76)⁸. Und es ist auch die rechtsextreme Einstellung ausschlaggebend: Sowohl die beiden Sub-Dimensionen des Ethnozentrismus sind ausschlaggebende Faktoren für die Wahlentscheidung zu Gunsten der AfD (OR: 1,73; Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus) als auch die Neo-NS-Ideologie (OR: 1,56; Antisemitismus, Diktaturbefürwortung, NS-Verharmlosung und Sozialdarwinismus). Wer hier zustimmt, wählt die AfD. Darüber hinaus erweist sich eine stärkere Unzufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert, ebenfalls als ein signifikanter Faktor, der die Wahlentscheidung zwischen AfD und BSW erklären kann.

4 Diskussion

Die Datenbasis der vorliegenden Untersuchung gestattet es, in Grundlinien die Wählerschaft der Parteien zu zeichnen. Da es sich nicht um eine repräsentative Erhebung handelt, betonen wir den heuristischen Wert der Untersuchung.

Der Vergleich macht grundlegende Differenzen in der politischen Kultur der Parteimilieus sichtbar. Die AfD-Anhänger zeigen sich als stark von Ethnozentrismus und Neo-NS Ideologien geprägt. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik ist deutlich geringer als bei allen anderen Parteien, das gilt sowohl für die Verfassungsnorm wie auch für die Alltagserfahrung von Demokratie. Zudem sind deutlich weniger mit der Idee der Demokratie identifiziert, schätzen also diese Regierungsform generell nicht. Unter AfD-Wählern finden sich ausgesprochene Anti-Demokraten. Ausgehend von dieser Demokratieablehnung überrascht wiederum nicht, dass sich unter den AfD-Anhängern auch der größte Anteil findet, der sich als politisch depriviert erlebt.

Mit diesen Merkmalen stehen sie alleine dar: Die AfD hat sich als Sammelbecken für Wähler stabilisiert, die im Großen und Ganzen eine extrem-rechte Politik befürworten. In der Vergangenheit war

⁸ Das logistische Regressionsmodell zeigt, welche von uns betrachteten Faktoren ausschlaggebend für eine Wahlentscheidung zwischen BSW und der AfD sind. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass eine im Modell nicht signifikante Einstellungsdimension nicht bedeutet, dass sich BSW und AfD hierin nicht signifikant unterscheiden würden – das prüfen die vorangegangenen Analysen. Es kann also einerseits ein signifikanter Mittelwertunterschied zwischen BSW- und AfD-Wählern vorliegen, wie z.B. im Falle der Muslimenfeindschaft, die logistische Regressionsanalyse zeigt nun lediglich, dass dieser Faktor im Vergleich zu den anderen berücksichtigten unabhängigen Variablen nicht ausschlaggebend für die Wahlentscheidung zwischen den beiden Parteipräferenzen ist.

diese Wählerschaft auf Grund einer milieubestimmten Wählerbindung an die großen demokratischen Parteien SPD und CDU gebunden (Decker/Brähler 2016). Heute stellen sie ein eigenes politisches Milieu dar. Zwar weisen sie im Vergleich eine ähnliche Zusammensetzung in Bildungsgrad und Einkommen auf, wie die BSW-Wähler – in beiden Gruppen dominieren Menschen mit einem eher niedrigen formalen Bildungsgrad, Männer und niedrige Einkommensgruppen. Auch BSW-Wähler weichen vom Mittelwert aller Befragter in machen Ressentiments ab: das betrifft etwa den Schuldabwehr-Antisemitismus, die Muslimfeindschaft oder etwa die Ausländerfeindlichkeit und den Chauvinismus. Das Ausmaß ist aber ein völlig anderes als bei der AfD. Bei diesen Ressentiments gleichen die BSW-Wähler den Wählern der CDU/CSU.

Ansonsten fällt aber auf, dass die Anhänger des BSW mehr Gemeinsamkeiten mit den Anhängern anderer sozialdemokratischer bzw. linker Parteien haben. Bis auf die Verschwörungsmentalität sind sie weniger deutlich von autoritären Wünschen getragen. Selbst wenn sie anfälliger für Schuldabwehrantisemitismus und antisemitischen Postkolonialismus und antisemitischen Antizionismus sind als der Rest der Befragten, so sind auch diese Ressentiments nicht so stark ausgebildet wie bei AfD-Wählern, unter denen der Antisemitismus in jeder Erscheinungsform pandemisch ist.

Berücksichtigen wir zusätzlich noch die politische Selbstverortung – AfD-Wähler sehen sich selbst deutlich rechts außen und BSW-Wähler auf der Gegenseite des politischen Spektrums – wird in der Gesamtschau deutlich, dass es sich bei BSW und AfD um unterschiedliche politische Milieus handelt. In der logistischen Regression tritt dies offen zutage, BSW-Wähler teilen mit den AfD-Wählern wesentliche Merkmale nicht. Wahlentscheidend für die AfD ist der Rechtsextremismus und der unterscheidet die AfD-Anhänger sehr deutlich von BSW-Wählern.

Wenn auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Antiamerikanismus und der Antikapitalismus ähnlich hoch ist, so zeigt unsere Analyse, dass die BSW-Wähler in unserer Stichprobe nicht im selben Maße für die rechtsautoritären Antworten offen sind, wie AfD-Wähler. Insofern könnte die Strategie des BSW aufgehen, im Programm auf eine von „erfolgreichen Unternehmern“ repräsentierte, aber sonst nicht weiter spezifizierte Wirtschaftskompetenz zu setzen, dabei aber gleichzeitig Ressentiments gegen Eliten und Migranten zu schüren. Dass diese Strategie aber dazu führt, dass an der Wahlurne bisherige AfD-Wähler ihr Kreuz beim BSW machen, ist unwahrscheinlich. Zu deutlich steht auch den Wählern die extrem rechte Orientierung der AfD vor Augen – sie wird auch für die sich deutlich links verortenden BSW-Anhänger nicht attraktiv sein. Durch den linken Habitus des BSW ist sehr viel wahrscheinlicher, dass das BSW unzufriedene Wähler aus dem sozialdemokratischen Parteienspektrum für sich gewinnen wird. Sprich: Von SPD und Die Linke.

Potential für die AfD besteht weiterhin bei den Nichtwählern und bei denen, die sich bisher noch nicht für eine Partei entschieden haben. Diejenigen, die sich noch nicht für eine Partei entschieden

haben, zeigen dagegen ein ähnliches Profil der Einstellungen auf wie die Anhänger linker Parteien und das BSW könnte diese möglicherweise auch für sich mobilisieren. Dennoch muss man in 2024 eher mit einer veränderten Zusammensetzung des Parlaments jenseits der AfD rechnen. Die Parteien links der Mitte werden sich weiter ausdifferenzieren. Dadurch wird die extreme Rechte nicht geschwächt, sondern es ist eher das Gegenteil zu befürchten. Sollte es dazu kommen, dass der Verlust unter linken Parteien massiv genug ist, dass ein Einzug in die Parlamente an der Fünfprozenthürde scheitert, ist durch das gültige Auszählverfahren der Stimmen bei Parlamentswahlen faktisch von einer Stärkung der parlamentarischen extremen Rechten auszugehen.

Autorinnen und Autoren des Beitrags

Prof. Dr. Elmar Brähler, bis 2013 Leiter der Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig; elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de

Kazim Celik, M.A., Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts und Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig
kazim.celik@uni-leipzig.de

Prof. Dr. Oliver Decker, Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig, Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund-Freud-Universität Berlin; oliver.decker@uni-leipzig.de

Marius Dilling, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig, Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung (KreDo), marius.dilling@uni-leipzig.de

Nele Hellweg, M.Sc., Nele Hellweg, M.Sc., Psychologin, Gastwissenschaftlerin am Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig; nele.hellweg@uni-leipzig.de

Fiona Kalkstein, Dr. phil, Universität Leipzig, Dipl.-Psychologin und Stellvertretende Direktorin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts; fiona.kalkstein@uni-leipzig.de

Literatur

- Backhaus, K./Erichson, B./Plinke, W./Weiber, R. 2016: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 14., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Bergmann, W./ Erb, R. 1986: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, 223-46.
- Celik, K./ Decker, O./ Brähler, E. 2020a: Deutschland in der Legitimationskrise? Ergebnisse der Leipziger Studien zum Autoritarismus 2006 und 2016. In: Hentges, G. (Hrsg.): Krise der Demokratie. Demokratie in der Krise? Gesellschaftsprognosen und Herausforderungen für die politische Bildung, 101-116. Frankfurt/M.: Wochenschau.
- Celik, K./ Decker, O./ Brähler, E. 2020b: Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In: Decker, O./ Brähler, E. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken: Neue Radikalität - alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, 149-175. Gießen: Psychosozial.
- Chasseguet-Smirgel, J. 1984: Die Anatomie der menschlichen Perversionen. Giessen: Psychosozial-Verlag (2002).
- Decker, O. (2023). Autoritäre Dynamiken und binäre Ordnungen. *Zeitschrift für kritische Theorie* 29, 231-254.
- Decker, O. / Brähler, E. 2016: Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In: Decker, O./ Kiess, J. / Brähler, E. (Hrsg.): Die enthemmte Mitte - autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, 95-135. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O./ Reimer-Gordinskaya, K. 2024: Antisemitismus – eine „dunkle Ressource“ in modernen Gesellschaften. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Nie wieder ist jetzt. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023, Berlin: <https://www.boell.de/de/nie-wieder-ist-jetzt> (6.1.2024).
- Decker, O./ Schliessler, C./ Kiess, J./ Brähler, E. 2023: Von der Vaterautorität zur Verschmelzung in der Gruppe? Tendenzen autoritärer Dynamiken in der Gegenwart. In: Eble, L./ Pahner, P. (Hrsg.): Perspektiven auf Rationalität und Emanzipation: kritisch-theoretische Fragmente, 128-143. Weinheim: Beltz Juventa.
- Decker, O./ Schuler, J./ Yendell, A./ Schliessler, C./ Brähler, E. 2020: Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Decker, O./ Brähler, E. (Hrsg.): Alte Ressentiments - neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020, 179-210. Giessen: Psychosozial-Verlag.
- Frenkel-Brunswik, E. 1949: Intolerance of Ambiguity as an Emotional and Perceptual Personality Variable. In: *Journal of Personality*, 18, 108-143.
- Grigat, S. 2017: AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos.
- Hambauer, V./ Mays, A. 2017: Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*.
- Haury, T. 2001: Der Antizionismus der Neuen Linken in der BRD: Sekundärer Antisemitismus nach Auschwitz. In: Arbeitskreis Kritik Des Deutschen Antisemitismus (Hrsg.). Antisemitismus: Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns, Freiburg.
- Haury, T. 2024: Israelbezogener Antisemitismus. In: Ullrich, P./ Arnold, S./ Danilina, A./ Holz, K./ Jensen, U./ Seidel, I./ Weyand, J. (Hrsg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, 42-50. Göttingen: Wallstein.
- Niedermayer, O./ Hofrichter, J. 2016: Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 267–284.
- Heller, A./ Brähler, E./ Decker, O. 2020: Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger

- Form (FR-LF). In: Heller, A./ Decker, O./ Brähler, E. (Hrsg.): *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*, 151-172. Gießen: Psychosozial.
- Janssen, J./ Laatz, W. 2013: *Statistische Datenanalyse mit SPSS*. Springer Berlin Heidelberg.
<https://doi.org/10.1007/978-3-642-32507-6>
- Kiess, J./ Brähler, E./ Decker, O. 2015: Die Wählerinnen und Wähler von AfD und NPD - Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Decker, O./Kiess, J./ Brähler, E. (Hrsg.): *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*, 83-104. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Kiess, J./ Decker, O./ Heller, A./ Dilling, M./ Brähler, E. 2022: Die Dimensionalität, Verbreitung und Erscheinungsformen antisemitischer Ressentiments in Deutschland. Repräsentative Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studien. In: Grimm, M./ Müller, S./ Rethmann, A./ Baier, J./ Bauer, U. (Eds.): *Wissenschaftliche Einordnung und Ausarbeitung eines Rahmenkonzeptes für das ZADA Pilotprojekt*.
- Kim, J. 2018: The radical market-oriented policies of the Alternative for Germany (AfD) and support from non-beneficiary groups – discrepancies between the party's policies and its supporters. In: *Asian Journal of German and European Studies* 3, 6.
- Lengfeld, H. 2018: Der „Kleine Mann“ und die AfD: Was steckt dahinter? In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, 295-310.
- Lengfeld, H. & Dilger, C. 2023: Kann man AfD-Wähler*innen zurückgewinnen? Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021. In: *Gesellschaft • Wirtschaft • Politik* 72, 433-450.
- Lux, T. 2018: Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie *Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?* In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, 255-273.
- Mau, S./ Lux, T. / Westheuser, L. 2023: *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mays, A./ Hambauer, V. / Gold, V. 2020: Soziale und emotionale Dispositionen der AfD-Anhängerschaft. In: Mays, A./ Dingelstedt, A./ Hambauer, V./ Schlosser, S./ Berens, F./ Leibold, J./ Höhne, J. K. (Hrsg.): *Grundlagen - Methoden - Anwendungen in den Sozialwissenschaften: Festschrift für Steffen-M. Kühnel*, 547-560. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Pickel, S. 2019: Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, K.-R./ Schoofs, J. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2017: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, 145-175. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Reuband, K.-H. 2022a: AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. In: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften* 1, 67–94.
- Reuband, K.-H. 2022b: Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. In: *Zfp Zeitschrift für Politik* 69, 55-77.
- Rippl, S./ Seipel, C. 2018: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, 237-254.
- Schliessler, C./ Hellweg, N./ Decker, O. 2020: Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, O./ Brähler, E. (Hrsg.): *Alte Ressentiments - neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, 283-310. Giessen: Psychosozial-Verlag.
- Schröder, M. 2018: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. Berlin, DIW.
- Tutić, A./ von Hermanni, H. 2018: Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, 275-294.
- Weisskircher, M. 2022: Die AfD als neue Volkspartei des Ostens? In: Bergmann, K. (Hrsg.): *»Mehr Fortschritt wagen«? Parteien, Personen, Milieus und Modernisierung. Regieren in Zeiten der Ampelkoalition*, 317-334. Bielefeld: transcript Verl.

Weyand, J. 2024: ‚Postkolonialer Antisemitismus‘. In: Ullrich, P./ Arnold, S./ Danilina, A./ Holz, K./ Jensen, U./ Seidel, I./ Weyand, J. (Hrsg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, 50-57. Göttingen: Wallstein.

Zick, A./ Küpper, B./ Mokros, N. 2023: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. J. H. W. Dietz Nachf. GmbH.
<https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

Anhang-Tabelle T1: Übersicht und Reliabilität der verwendeten Konstrukte und Indikatoritems

Konstrukt Indikatoren	<i>M</i>	<i>SD</i>	Min	Max	α
Autoritäres Syndrom					
Verschwörungsmentalität	3,38	1,715			.898
Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.	3,23	1,857	1 „stimme überhaupt nicht zu“	7 „stimme voll und ganz zu“	
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	3,40	1,891	1 „stimme überhaupt nicht zu“	7 „stimme voll und ganz zu“	
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	3,51	1,897	1 „stimme überhaupt nicht zu“	7 „stimme voll und ganz zu“	
Aberglaube	1,92	0,733			.838
Glücksbringer bringen manchmal tatsächlich Glück.	2,13	0,912	1 „stimmt sicher nicht“	4 „stimmt sicher“	
Es gibt Wahrsager, die die Zukunft wirklich voraussehen können.	1,76	0,873	1 „stimmt sicher nicht“	4 „stimmt sicher“	
Manche Wunderheiler verfügen tatsächlich über übernatürliche Heilkräfte.	1,87	0,900	1 „stimmt sicher nicht“	4 „stimmt sicher“	
Das Sternzeichen bzw. das Geburtshoroskop eines Menschen hat einen Einfluss auf den Verlauf seines Lebens.	1,90	0,888	1 „stimmt sicher nicht“	4 „stimmt sicher“	
Autoritäre Aggression	3,16	1,006			.797
Gegen Außenseiter und Nichtsteuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.	3,02	1,237	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“	
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	3,47	1,210	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“	
Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden.	2,99	1,131	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“	

Autoritäre Unterwürfigkeit	2,67	0,911		.748
Wir brauchen starke Führungspersonen damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.	3,19	1,200	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	2,51	1,079	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.	2,32	1,070	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“
Konventionalismus	2,90	0,945		.796
Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	3,38	1,147	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	2,81	1,155	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“
Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	2,51	1,061	1 „stimme ganz und gar nicht zu“	5 „stimme voll und ganz zu“
Rechtsextremismus	2,23	0,896		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	2,05	1,036		.810
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	1,78	1,067	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	1,95	1,225	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	2,41	1,343	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Chauvinismus	2,79	1,132		.856
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	3,19	1,297	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	2,69	1,299	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	2,50	1,258	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Sozialdarwinismus	1,93	0,960		.801
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	2,06	1,104	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	1,93	1,138	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	1,79	1,163	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,85	0,968		.828
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	1,89	1,129	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	1,79	1,114	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	1,86	1,122	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“

Ausländerfeindlichkeit	2,80	1,205		.883
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	3,06	1,288	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	2,44	1,308	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	2,89	1,417	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Antisemitismus	1,94	1,051		.894
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	2,11	1,209	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	1,87	1,120	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	1,85	1,138	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Ausgewählte politische Einstellungen				
Links-Rechts-Selbsteinschätzung				
Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf der folgenden Skala einstufen?	5.18	1.731	1 „links“	10 „rechts“
Demokratiebewertung				
In der folgenden Frage geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die Idee der Demokratie. Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staats-Ideen, zu der Idee der Demokratie sagen?	5,07	1,030	1 „sehr dagegen“	6 „sehr dafür“
Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist?	2,83	0,861	1 „sehr unzufrieden“	4 „sehr zufrieden“
Und was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert?	2,33	0,845	1 „sehr unzufrieden“	4 „sehr zufrieden“
Politische Deprivation	2,68	0,810		.740
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	2,90	0,872	1 „trifft überhaupt nicht zu“	5 „trifft voll und ganz zu“
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	2,45	0,945	1 „trifft überhaupt nicht zu“	5 „trifft voll und ganz zu“
Ökonomische Deprivation				
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Ist sie ...	3.39	1,028	1 „sehr gut“	5 „sehr schlecht“
Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute? Ist sie ...	2.98	1,015	1 „sehr gut“	5 „sehr schlecht“

Antisemitismus				
Schuldabwehr-Antisemitismus	3.14	1.027		.762
Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.	2,89	1,205	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Reparationsforderungen an Deutschland nützen oft gar nicht mehr den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von finfigen Anwälten.	2,96	1,281	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind.	3,58	1,257	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Israelbezogener Antisemitismus	2.50	1.034		.825
Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im zweiten Weltkrieg.	2,91	1,217	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	2,30	1,213	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.	2,27	1,171	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Antisemitischer Antizionismus	2,19	0,994		.841
Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen.	2,31	1,157	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Demokratie hin oder her, Muslimen geht es besser ohne Israel.	2,20	1,137	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Es wäre besser, wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden.	2,07	1,128	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Antisemitischer Postkolonialismus	2,26	0,958		.776
Der deutsche Schuldkomplex behindert den Freiheitskampf der Palästinenser.	2,27	1,186	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Israel wurde nur gegründet damit Europäer kein schlechtes Gewissen haben.	2,13	1,148	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.	2,38	1,122	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Antikapitalismus	4,05	1,334		.722
Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.	3,43	1,787	1 „Stimme überhaupt nicht zu“	7 „Stimme voll und ganz zu“
Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.	4,58	1,619	1 „Stimme überhaupt nicht zu“	7 „Stimme voll und ganz zu“
Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.	4,15	1,577	1 „Stimme überhaupt nicht zu“	7 „Stimme voll und ganz zu“
Antiamerikanismus				
Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.	3,51	1,793	1 „Stimme überhaupt nicht zu“	7 „Stimme voll und ganz zu“

Ambiguitätstoleranz	2,99	0,934		.740
Es gibt zwei Arten von Menschen: die "Guten" und die "Bösen".	2,68	1,211	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Entweder man weiß die Antwort auf eine Frage oder man weiß sie nicht.	3,32	1,122	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Es gibt eigentlich immer einen richtigen und einen falschen Weg.	2,98	1,118	1 „lehne völlig ab“	5 „stimme voll und ganz zu“
Muslimfeindlichkeit	2,33	1,005		.868
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	2,49	1,091	1 „Stimme ganz und gar nicht zu“	4 „Stimme voll und ganz zu“
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	2,17	1,047	1 „Stimme ganz und gar nicht zu“	4 „Stimme voll und ganz zu“